



„Wir haben eine Schutzverantwortung“: Die Diskutanten – Uwe Bernd, Tilmann Lüdke, Michael Wehner, Michael Brücker und Jürgen Grässlin (von links) – waren sich in vielem einig. FOTO: MZD

Die Mitverantwortung des Westens

Was tun gegen den ISLAMISCHEN STAAT: Eine Podiumsdiskussion in Denzlingen

Aufrüstung ist ein probates Mittel gegen den Terror. Diesbezüglich waren sich der Politologe, der Islamwissenschaftler, der Vertreter der humanitären Hilfe und selbst der Pazifist am Donnerstag bei der Podiumsdiskussion zum Islamischen Staat in Denzlingen einig. Aufrüstung aber nicht mit Waffen, sondern mit humanitären Gütern. „Unsere größte Waffe ist die Hilfsbereitschaft“, so der Konsens.

Pegida, *Charlie Hebdo*-Begriffe, die heute die Schlagzeilen füllen, spielten keine Rolle, als der Denzlinger Grünen-Ortsverband im Oktober die Podiumsdiskussion plante. Die Aktualität habe den Fragen mehr Aufmerksamkeit verliehen, verändert habe sie sie nicht: „Was und wer ist der Islamische Staat?“, so Moderator Michael Wehner von der Landeszentrale für politische Bildung in Freiburg.

„Eine politische Bewegung, die mit militärischer Gewalt, religiös legitimiert, gegen Ungläubige und Muslime, die keine Sunniten sind, vorgeht und einen eigenen Staat ausrufen will“, erklärt Islamwissenschaftler Tilmann Lüdke sachlich. Pazifist Jürgen Grässlin beschreibt den IS aufgrund seiner Taten: „Mörder, Schlächter, sie töten und versklaven schonungslos.“ Was tun? Soll man die Menschen etwa sich selbst überlassen, nachdem sich Interventionen – siehe Afghanistan und Irak – bisher oft als kontraproduktiv erwiesen haben?

„Wir haben eine Schutzverantwortung“, sagt der Politologe Uwe Berndt. Und erteilt Polemiken wie „Lasst sie sich doch die Köpfe einschlagen, wir hatten doch auch unseren 30-jährigen Krieg“, eine Absage. Dabei bezieht er sich nicht nur auf den Nahen Osten, sondern auch auf

vergleichbare Konflikte in Afrika – Stichwort Boko Haram. Wegschauen sei unmöglich, zumal der Westen Mitverantwortung dafür trage, dass mörderische Ideologien offene Waffenkammern und Menschen ohne Perspektive finden. Eines jedenfalls scheint klar: Weiter Waffen liefern hilft nicht, zumal es keine unverdächtige Regionalmacht gibt, die ordnend sein könnte. Haben nicht die Türkei und Saudi-Arabien den IS stark gemacht?

Bleibt die humanitäre Schiene. „Wir können nicht nur, wir müssen mehr tun“, steht für Michael Brücker von Caritas International außer Frage. In den betroffenen Ländern den Opfern zu helfen sei schwierig, da die Hilfsorganisationen keinen oder kaum Zugang haben. Bleiben die Nachbarländer, wohin die meisten Menschen fliehen. „Würden nach Deutschland in einem Jahr

15 bis 20 Millionen Flüchtlinge kommen, hätten wir vergleichbare Verhältnisse wie im Libanon und Jordanien“, versucht Brücker die Situation dort zu verdeutlichen. Die wohlhabende Welt müsse deutlich mehr tun, um nicht neue Pulverfässer zu bestücken. Darüber hinaus müsse Europa nicht seine Grenzen vor Flüchtlingen schützen, sondern im Gegenteil Fluchtwege öffnen, Fluchtkorridore schaffen – „eventuell militärisch“, sagt sogar Jürgen Grässlin.

Klar sind die Forderungen für die Zukunft: Die Vereinten Nationen müssen gestärkt, das Vetorecht der Siegermächte von vor 70 Jahren muss fallen, und eine gerechte Weltwirtschaft muss Radikalen den Nährboden entziehen. Wer Werte einfordert, müsse selbst glaubwürdig sein und sich an das Völkerrecht halten. MARKUS ZIMMERMANN